

Perspektive

Ein Forum der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz

September 2000

6

Landeszentrale für
Politische Bildung
LPB
Rheinland - Pfalz 

Für eine aktivierte Bürgergesellschaft -

**Thesen zur Diskussion
über Rechtsextremismus im Sommer 2000**

von Hans-Gerd Jaschke

**Für eine aktive Bürgergesellschaft -
Thesen zur Diskussion
über Rechtsextremismus im Sommer 2000**

von Hans-Gerd Jaschke

Herausgeberin:
Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz

Verantwortlich:
Hans-Georg Meyer

Druck:
Druckerei und Verlag Gebr. Kügler GmbH, Ingelheim 2000

Vorwort

Nun zeigen wieder alle aufeinander und gegeneinander: Die Mütter und Väter auf die Lehrerinnen und Lehrer, diese verweisen auf die Politik, die Politik auf die Eltern und Schulen, auf die Erwachsenenbildung, auf die Justiz, den Verfassungsschutz, die Polizei und auch die Unternehmer sind dabei. Jede und jeder darf sich seinen Verantwortlichen für die Misere aussuchen. Die Medien spielen ihre besondere Rolle (die Quote bringt) und suchen sich abwechselnde „Watschenmänner“ (siehe oben), die dann jeweils verantwortlich gemacht werden. Und natürlich haben alle eine Erklärung, warum sie nicht zuständig sind, sondern eigentlich immer die Anderen. Dabei haben wir genügend Gründe uns dazu zu bekennen, dass wir alle – Eltern, Lehrer, Erwachsenenbildner, Unternehmer, Kirchen, Verbände und Institutionen, Politiker und Medien – verantwortlich für unsere Demokratie sind, nicht eine gesellschaftliche Gruppe alleine. Denn die Sozialisation von insbesondere jungen Menschen spielt sich nicht nur im Elternhaus, nicht nur in der Schule etc. ab, das Zurechtfinden in dieser Gesellschaft wird durch uns alle beeinflusst. Insoweit sind wir auch alle mit verantwortlich.

Es geht um den Rechtsextremismus in unserem Land Deutschland. Warum ausgerechnet in den letzten Wochen diese Frage so hoch gespielt wird bleibt ein Geheimnis. Denn Rechtsextremismus war und ist in unserer Gesellschaft – und der Europas – immer vorhanden, zugegebenermaßen mit unterschiedlicher Intensität und immer auf dem historischen Hintergrund eines Landes. Gerade weil wir immer mit extremistischen Ausformungen in Gesellschaften rechnen müssen, sind wir verpflichtet, die Auseinandersetzung um unsere Demokratie jeden Tag zu führen. Für die politische Bildung bedeutet dies, den Fragen des Extremismus immer nachzugehen, sie auf der Tagesordnung zu halten.

Da kann man nur hoffen, dass alle, die sich heute über das Versagen des Elternhauses, der Schule und der politischen Bildung usw. auslassen, in den vergangenen Jahren selbst in ihrem eigenen Verantwortungsbereich ihre Hausaufgaben gemacht haben. Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz wird sich zwar nicht entspannt zurücklehnen, aber Nachholbedarf hat sie auch nicht. Bereits seit 1989

– manchmal gegen Widerstände – beschäftigt sich unser Haus mit der Problematik des Rechtsextremismus. Seit dieser Zeit besteht ein eigener Arbeitskreis und viele Impulse für die bildungspolitische Arbeit zu diesem Thema sind von dem Haus Am Kronberger Hof in Mainz ausgegangen. Mit Hans-Gerd Jaschke hatte der Arbeitskreis, hatte die Landeszentrale einen kompetenten wissenschaftlichen Berater.

Hans-Gerd Jaschke zeigt in dieser Ausgabe der PERSPEKTIVE thesenartig die Entwicklung und den aktuellen Stand um die Diskussion der rechtsextremistischen Problematik auf. Auch verdeutlicht er, welche Möglichkeiten bestehen, gegenzuhalten. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass alle am gesellschaftlichen Prozess Beteiligte in der Verantwortung stehen. Es wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus keine Eintagsfliege sein darf, sondern ein permanenter Prozess ist, dem alle verpflichtet sind. Und dies nicht nur wenn ökonomische Probleme auftauchen.

Seit Jahren wird versucht (bisher mit nicht genügendem Erfolg) Unternehmen davon zu überzeugen, dass politische Bildung Bestandteil der Ausbildung sein muss. Im Zeitalter der Globalisierung auf allen Ebenen, der zunehmenden Mobilität von Arbeitnehmern und der gleichzeitigen Zunahme lokaler und nationaler Abschottungstendenzen darf eine moderne Industriegesellschaft in keinem Bereich auf eine demokratische politische Bildung der Arbeitnehmer verzichten. Es darf nicht akzeptiert werden, dass Unternehmen erst dann reagieren, wenn Aufträge storniert oder erst gar nicht abgeschlossen werden oder wenn es heißt: Der Standort Deutschland ist in Gefahr. Präventive Arbeit für unsere Demokratie und gegen rechtsextremistische, rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Aktivitäten darf sich nicht an ökonomischen, profitorientierten Zielen ausrichten, sondern an den Menschen, um die es geht.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist Kontinuität gefragt – in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens. Die Landeszentrale für politische Bildung trägt ihren Teil dazu bei; kontinuierlich, verstärkt seit 1989. Dabei ist sie dankbar für die Mithilfe und Unterstützung vieler Helferinnen und Helfer.

Hans-Georg Meyer

Mainz, im September 2000

Für eine aktivierte Bürgergesellschaft – Thesen zur Diskussion über Rechtsextremismus im Sommer 2000

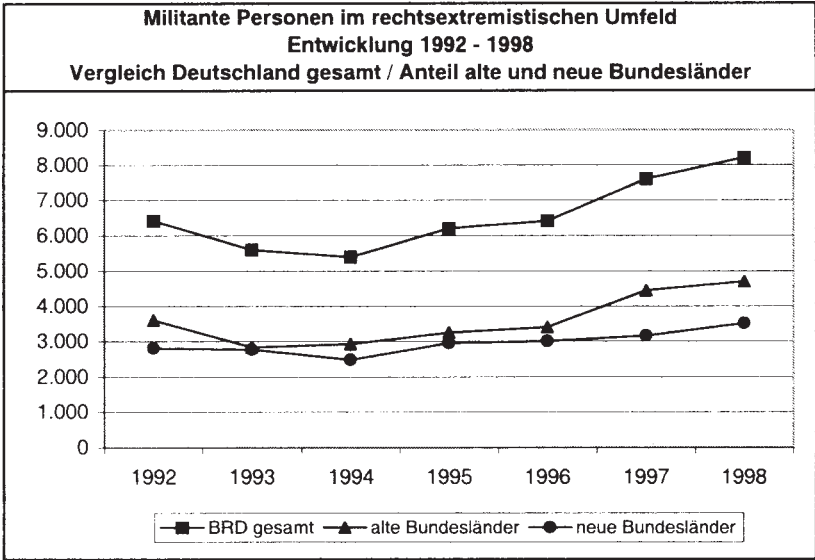
Von Hans-Gerd Jaschke

Im Sommer 2000 führten anhaltende Berichte über rechte Jugendliche, die Ausländer durch die Straßen jagen und auf sie einprügeln zu einer heftigen Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Anlass war ein der rechtsextremen Szene zugeschriebener – aber bis heute nicht aufgeklärter – Bombenanschlag nahe eines Düsseldorfer S-Bahnhofes, bei dem Ende Juli 2000 zehn Menschen, darunter sechs jüdische Aussiedler aus Russland, schwer verletzt wurden. In den Tagen und Wochen danach berichteten die Medien intensiv über gewalttätige rechte Jugendliche und Aktivitäten der rechtsextremen Szene, so dass die Thematik Rechtsextremismus – nach Kampfhunde und Concorde-Absturz in Paris – zu einem beherrschenden Medien-Thema des „Sommerlochs“ wurde.

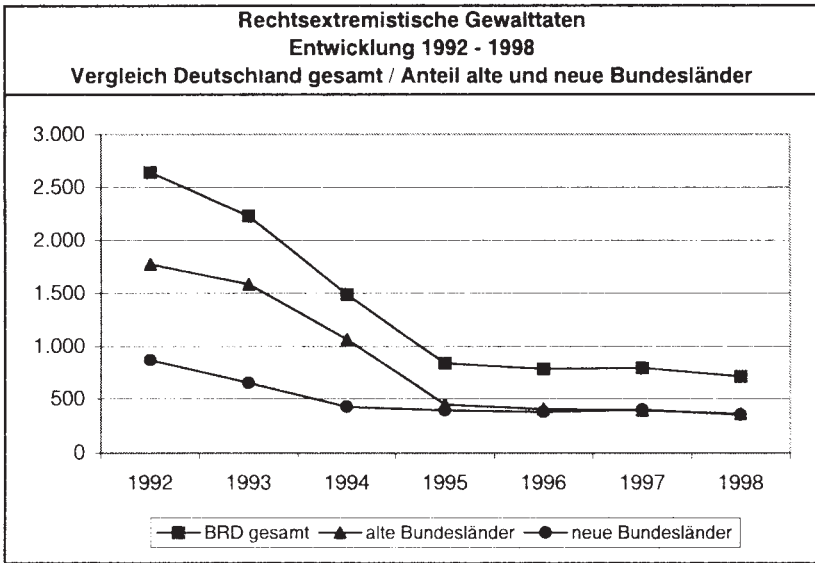
Die Heftigkeit der Debatte verwundert, denn die Annahme einer Gewalteskalaion im Sommer 2000 ist empirisch nicht haltbar. Eine auf Verfassungsschutzberichte bezogene Übersicht über die Entwicklung des Rechtsextremismus in den neunziger Jahren insgesamt belegt keineswegs die Zunahme der Gefahr von rechts. Folgende Entwicklungen wurden registriert:

- ⇒ Die Anzahl der organisierten Rechtsextremisten sinkt von 61.900 (1992) auf 53.600 (1998).
- ⇒ Die bekannt gewordenen Gewalttaten von rechts sinken kontinuierlich von 2.639 (1992) auf 708 (1998), davon in den neuen Bundesländern von 865 (1992) auf 349 (1998).
- ⇒ Allerdings nimmt die Gruppe der militanten Aktivisten von 6.400 (1992) auf 8.200 (1998) zu, davon in den neuen Bundesländern von 2.800 (1992) auf 3.510 (1998).¹

¹ Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, in: Deutschland Archiv Heft 2/2000, S. 181-192



Quelle: Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder. Angaben zumeist geschätzt und gerundet.
 Weitere Hinweise auf das Zustandekommen der Zahlenangaben bei Stöss, Rechtsextremismus im vereinten
 Deutschland, Bonn: Friederich-Ebert-Stiftung 1999, S. 100
 Grafik: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz



Natürlich sind Dunkelfelder in Rechnung zu stellen, natürlich kann die politische Kultur vor Ort nicht einfach in Zahlen gemessen werden. Tatsache aber bleibt, dass die Heftigkeit der Debatte durch die in Zahlen messbare Entwicklung nicht gedeckt wird. Zwei Deutungen bieten sich an: Zum einen ist die Eruption in der Öffentlichkeit Folge jahrelanger Bagatellisierung und damit verbundener politischer Versäumnisse; zum Zweiten wird immer deutlicher, wie sehr die Gewalt von rechts das Investitionsklima – vor allem in Ostdeutschland – beeinträchtigt. Nach einer kurzen und oberflächlichen, in ihren Ergebnissen kaum greifbaren Ursachen-Debatte rückte schnell die Frage nach Gegenmaßnahmen ins Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung.

Eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen wurde von Politik und Interessenverbänden ins Spiel gebracht: Bündnisse gegen rechts, runde Tische, ein Verbot der NPD, eine Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz, die Entfernung von rechtsextrem eingestellten Beamten aus dem öffentlichen Dienst, die Entlassung von Rassisten aus den Betrieben, eine Selbstverpflichtung von Providern, Neonazi-Homepages nicht mehr ins Internet zu stellen. Auch die Forderung nach Schnellgerichten und nach der Verschärfung des Jugendstrafrechts gehörten zu den möglichen Rezepten.

Nicht selten wurde auch der organisierte Linksextremismus einbezogen in die Forderung, es gelte, jegliche Formen des politischen Extremismus zu bekämpfen. Dies kann als demokratische Grundposition nicht bezweifelt werden, doch es gilt, die besonderen, nur für den Rechtsextremismus gültigen Ursachen und Bekämpfungsstrategien im Auge zu behalten, vor allem das hohe, rassistisch motivierte Gewaltpotential und die beachtlichen Sympathien für rassistische und antisemitische Orientierungen in der Bevölkerung. Dies verlangt nach spezifischen analytischen und handlungsorientierten Instrumenten und darf nicht aufgerechnet oder verwässert werden durch das Einbeziehen des in der Bevölkerung relativ isolierten Linksextremismus.

Erstmals hat auch die Wirtschaft klar Position bezogen: Der BDI kündigt ein Symposium gegen rechtsradikale Gewalt an und fordert seine Mitglieder auf, Neonazis aus den Betrieben zu entfernen. Dies ist eine Kehrtwende, denn bisher hat die Wirtschaft im Verein mit den kommunalen Spitzenverbänden das Problem totgeschwiegen nach dem

Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Nun, wo die Beeinträchtigungen des Investitionsklimas eindeutig werden, wo ostdeutsche, von rassistischer Gewalt geprägte „no-go-areas“ ausländische – und inländische! – Investoren abschrecken und das Image der Deutschland AG insgesamt schädigen, bleibt nur die Flucht nach vorn.

Der Schriftsteller Hans Christoph Buch bemerkte lakonisch und gewiss stellvertretend für viele politisch Interessierte: „Eine Sturzflut von wohlmeinenden Ermahnungen geht auf die vereinte Fernsehnation nieder, aber nach all den klugen Reden der Politiker, Professoren, Verfassungsschützer sind die Zuschauer so klug wie zuvor. Nicht einmal über die Diagnose herrscht Klarheit: Ist das Ganze ein politisches, ein psychologisches, ein ökonomisches oder ein soziales, ein ostdeutsches oder gesamtdeutsches Phänomen? Sind die rechtsradikalen Täter Opfer ihrer DDR-Sozialisation oder des kapitalistischen Leistungsdrucks, der autoritären oder der antiautoritären Erziehung? Ist das Internet oder sind die Plattenbauten schuld, soll die NPD verboten werden oder nicht? Vom bloßen Zuhören schwirrt einem der Kopf. Es scheint, als sei alles gesagt“.²

Innerhalb von elf Jahren wird in Deutschland zum dritten Mal eine heftige Debatte über den Rechtsextremismus geführt. 1989/90 war der Einzug der Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus der Auslöser. Zum ersten Mal nach den Wahlerfolgen der NPD 1966 bis 1969 hatte eine rechtsextreme Partei die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen. Die Diskussion trat in den Hintergrund, weil das historische Thema des Falls der Mauer und die Wiedervereinigung in den Vordergrund traten. Der historische Augenblick verhinderte die notwendigen politischen Schritte. 1991 bis 1993 waren es dann die Anschläge auf Asylbewerberheime in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Hünxe, Solingen und anderswo, die für nachhaltige öffentliche Aufmerksamkeit sorgten. Die Verschärfung des Asylrechts und sinkende Asylbewerberzahlen beendeten schließlich nach intensiven öffentlichen Kontroversen den zweiten Debatten-Zyklus. Und nun sind es rassistische Schlägerbanden, verängstigte Bürger und handlungsunfähige Kommunalpolitiker, die für Aufregung sorgen. Was bei allen drei Zyk-

² Der Tagesspiegel, 6.8.2000, S. 25

len auffällt, ist in der Tat: Die Argumente und Aktionen ähneln sich, man hat den Eindruck, alles schon einmal gehört und gesehen zu haben.

Die folgenden Thesen sind bemüht, auf zwei Ebenen den Kern der Debatte herauszuarbeiten: Auf der analytischen Ebene geht es um die Ursachen für den gegenwärtigen Rechtsextremismus, auf der Handlungsebene darum, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu gewichten und zu bewerten. Um den Charakter eines zuspitzenden Thesenpapiers hervorzuheben, wurden Anmerkungen bzw. Fußnoten auf das Nötigste beschränkt.

A. Ursachen-Ebene

1. These: *Es wird häufig übersehen, dass der Rechtsextremismus in Deutschland eine eigene Geschichte und eine eigene Entwicklungsdynamik hat*

Politisch organisierter Rechtsextremismus entwickelt sich in Deutschland in einem wellenförmigen Auf und Ab: Anfang der fünfziger Jahre wurde die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) nach beachtlichen Wahlerfolgen vom Bundesverfassungsgericht verboten, zwischen 1966 und 1969 zog die NPD in sieben Länderparlamente ein. Es war der von der politischen Landkarte nahezu verschwundene politische Konservatismus, der die extreme Rechte immer wieder eingesammelt hat.

Nach dem SRP-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht 1952 wurden erfolgreiche Rechtsaußen-Parteien wie der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die Deutsche Partei (DP) und die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) von CDU und CSU praktisch aufgesogen. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition konnten CDU/CSU in der Opposition die NPD-Anhängerschaft wirksam re-integrieren, indem sie sich vor allem in der Abwehr der neuen, auf Entspannung bedachten Ost-Politik von Willy Brandt und Walter Scheel („Verzicht ist Verrat“) und in der Bekämpfung des Linksextremismus und Terrorismus rechten Hardliner-Parolen näherten.

Ende der siebziger Jahre entwickelte sich der jugendlich geprägte Neonazismus der Nachkriegsgeneration, für die Michael Kühnen eine Symbolfigur war. Von hier aus entstand und wuchs die Neonazi- und Skinhead-Subkultur. Diese Szene war vom politischen Konservatismus allerdings nicht mehr integrierbar. Gewaltakzeptanz, ein kulturell eigener Stil jenseits rechter Volkstümelei (aggressive Skin-Musik, Fanzines usw.) und provokatives öffentliches Auftreten richteten sich auch gegen den etablierten Konservatismus, der sich seinerseits durch neo-liberale Programmatiken zusehends von rechts löste und bemüht war und ist, die politische Mitte zu besetzen.

In den neunziger Jahren wurden zahlreiche rechtsextremistische Organisationen von den Innenministern verboten. Dazu gehörten die Wiking-Jugend, die Nationalistische Front, die Nationale Offensive, die FAP und andere. Diese Verbotspolitik führte zu dezentralen Restrukturierungen der rechten Szene in Form lokal begrenzter Kameradschaften, zu verstärkter Nutzung des Internets und zur – vor allem in Ostdeutschland erfolgreichen – Politik der „national befreiten Zonen“, aber auch insgesamt zu erheblicher Radikalisierung einschließlich einer beachtlichen Gewaltakzeptanz. Forciert wurde diese Entwicklung durch die Öffnung der noch in den sechziger Jahren deutschnationalen NPD nach rechtsaußen unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt.

2. These: *Rechtsextremismus ist eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“*

Vor mehr als dreißig Jahren hat der Kölner Soziologe Erwin K. Scheuch den Rechtsradikalismus eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ genannt. Je schneller das Tempo der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung voranschreitet, je komplexer gesellschaftliche Verhältnisse erscheinen, desto eher werden die Verlierer dieser Entwicklung, d.h. diejenigen, deren objektive Lebenschancen von ihnen selbst als relativ begrenzt und als von außen verursacht empfunden werden, zu rückwärts gewandten Denkmustern greifen. Übersteigerte nationale und ethnische Abgrenzung sind heute angesichts der Globalisierung derartige rückwärts gewandte Gegenreaktionen. Der Öffnung gegenüber den Weltmärkten setzt die Rechte nationale Abschottung entgegen, einer multiethnischen Gesellschaft die ethnische Identität der Deutschen, der räumlichen und beruflichen

Mobilität die überschaubare heimatliche Verwurzelung, den alltäglichen Konflikten um materielles und kulturelles Kapital innerhalb der Leistungsgesellschaft das Kameradschaftsprinzip der Volksgemeinschaft. Selbst militante Aktionen gegen Ausländer finden heimliche Sympathien bei einem Teil der Bevölkerung.

Nicht nur das Tempo der Modernisierung im Umbruch von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft schreitet voran, auch der Kern der gesellschaftlichen Integration beginnt zu schmelzen: Der Abstand zwischen oben und unten, zwischen Gewinnern und Verlierern wird größer, das Ausmaß sozialer Ungleichheit kommt an die Grenze der Sozialverträglichkeit. Dadurch wird der Protest von rechts strukturell gleichsam aufgeladen, ohne dass politische Ansätze erkennbar wären, dies als strukturelles Grundproblem überhaupt wahrzunehmen. Die Modernisierungsthese erklärt im Übrigen auch, warum Rechtsextremismus auch in anderen Industriegesellschaften wie Österreich, Italien oder Frankreich ein ernst zu nehmendes Problem darstellt. Es nimmt dort nur andere, durch nationale Besonderheiten bedingte Formen an.

Kern der Modernisierungstheorie ist die Annahme, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft entstehen und deshalb auch dort zuallererst bekämpft werden müssen. Dies bezieht sich vor allem auf zwei Punkte:

- ⇒ Familie, Schule und Arbeitsplatz einschließlich ihrer sozialen Umfelder sind jene Instanzen der politischen Sozialisation, in denen Meinungen, Orientierungen und Verhaltensmuster erworben werden. Rassistisches Denken und Handeln ist nur der Endpunkt eines mittel- oder längerfristigen negativen Lernprozesses, der früher einsetzt und durch diese Instanzen oder eine von ihnen wesentlich geprägt wurde. Vor diesem Hintergrund macht es durchaus Sinn, von der Mitte der Gesellschaft und ihrer Verantwortung zu reden. Wenn jugendliche Gewalttäter davon ausgehen, ihre Taten würden insgeheim gedeckt oder unterstützt von ihren sozialen Umfeldern, so zeigt sich genau darin die Schlüsselfunktion der Mitte für eine offene und pluralistische gesellschaftliche Entwicklung.
- ⇒ Wenn der öffentliche Diskurs der Eliten in Politik, Wirtschaft, Sport und anderswo fremdenfeindliche Deutungsmuster selber benutzt

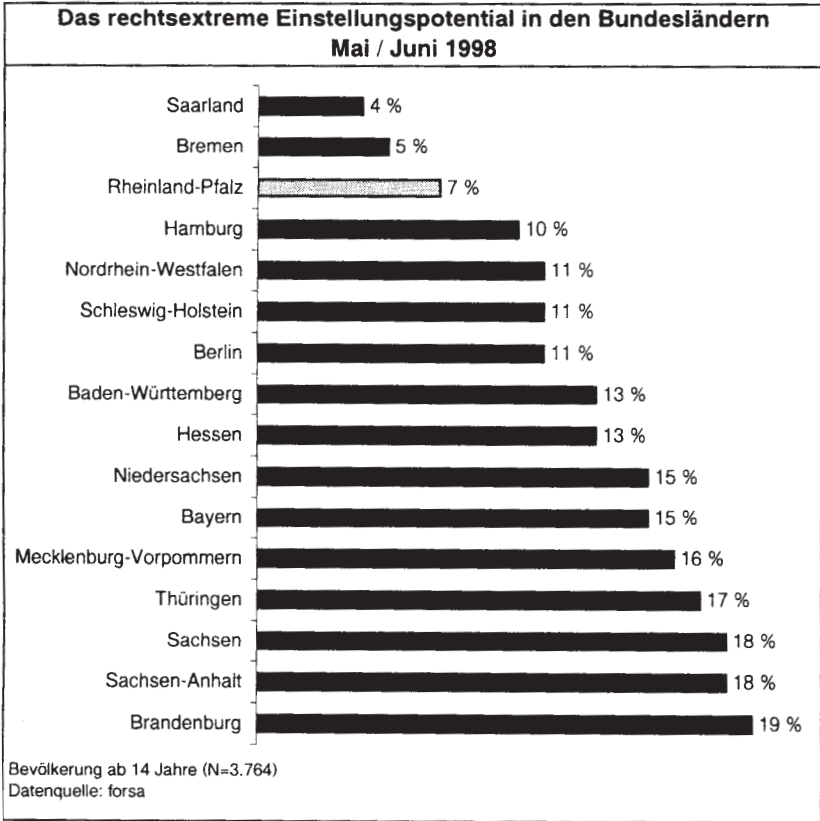
oder sie nahe legt, können ohnehin vorhandene rassistische Milieus sich bestätigt fühlen. Dies betrifft vor allem den Bereich der Ausländer- und Integrations- bzw. Desintegrationspolitik. Unterscheidungen in gute, nützliche und unnütze Ausländer oder die immer wieder vorgetragene These einer Belastung öffentlicher Haushalte durch Ausländer lassen häufig fremdenfeindliche Schlussfolgerungen zu.

3. These: *Rechtsextremismus ist primär ein Syndrom der Modernisierungsverlierer*

Welches ist die soziale Basis der Gewalt von rechts? Die Wahlsoziologie und die Kriminalstatistiken geben eine eindeutige Antwort: Es sind junge Männer zwischen 14 und 25 Jahren, formal eher schlecht ausgebildet, in eher untergeordneten oder prekären Berufspositionen. Die Berufschancen dieser Gruppe werden sich in den nächsten Jahren im Zuge voranschreitenden Abbaus von Arbeitsplätzen im Industriebereich und höheren Qualifikationsanforderungen im Dienstleistungsbereich drastisch verschlechtern und ihre Protestbereitschaft wird sich vergrößern. Natürlich ist rassistisches Denken nicht auf diese Gruppe beschränkt, aber hier findet die Rechte ihren bedeutsamsten Nährboden. Eine 1998 an der FU Berlin durchgeführte empirische Untersuchung kommt zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen:³

- ⇒ 12 Prozent der westdeutschen, 17 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung bilden das rechtsextremistische Einstellungspotential. Im Westen sind es eher die Älteren, im Osten ist dieses Potential verteilt über alle Altersgruppen.
- ⇒ Arbeiter sind besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen.
- ⇒ Das rechtsextreme Einstellungspotential ist in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher als in den westdeutschen.

³ Zum Folgenden: Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1999, S. 26 ff.



Während auf der Ebene von Meinungen und Orientierungen die älteren Generationen sogar eher noch rechtsextreme und fremdenfeindliche Auffassungen goutieren, sind es auf der Ebene aktiver Protestbereitschaft eher die jüngeren Männer. Praktisch alle Kriminalstatistiken und wissenschaftlichen Untersuchungen der letzten Jahre weisen in diese Richtung.⁴

⁴ Vgl. etwa Helmut Willems u.a., Fremdenfeindliche Gewalt. Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen, Bonn 1993

4. These: *Neu an der aktuellen Entwicklung sind die hohe Gewaltbereitschaft, die neuen Kommunikationsmedien und der durch die Globalisierung bedingte neue Kontext internationaler Abhängigkeit (Standortfaktor)*

Polizeiliche Kriminalstatistiken – die nur angezeigte Fälle aufnehmen – sind keine wirklich aussagekräftigen Indikatoren für Gewaltbereitschaft. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch an westdeutschen Haupt- und Berufsschulen und in den städtischen sozialen Brennpunkten verbreitert sich ein Klima der Bedrohung durch Gewalt. Es wird überhöht durch die Normalisierung von Gewalt in den Medien seit Einführung des Privatfernsehens Mitte der achtziger Jahre, aber auch durch ein dichtes Netzwerk rassistischer Homepages im Internet, das Jugendlichen zeigt, wir sind da, wir sind schlagkräftig und faktisch dazu beiträgt, die rechtsextreme Szene enger zu vernetzen.

Die Rechtsaußen-Szene entwickelt seit Jahren eine eigene Jugendkultur, wobei ihr Lebensgefühl von Musik, Sprache, Kleidung und spezifischen Umgangsformen geprägt wird, zusammengehalten von radikalen Feindbildern und der Ästhetik der Gewalt. In Teilen von Ostdeutschland ist diese Szene dabei, eine örtliche kulturelle Hegemonie aufzubauen, so dass für nicht-rechte Jugendliche die öffentlichen Räume knapp werden, Anpassungsdruck und ein Klima der Einschüchterung entstehen. Die öffentliche symbolische Ausgrenzung und Dämonisierung der rechten Jugendlichen ist bei näherer Betrachtung eine realitätsblinde Fiktion. Der Bielefelder Jugendforscher Dieter Baacke hat auf die Offenheit und Flexibilität der modernen Jugendkulturen hingewiesen: „Rechtsextremistische Orientierungen verteilen sich quer durch das soziale Stratum unserer Gesellschaft, und das bedeutet: Grundsätzlich kann heute jeder ein ‚Skin‘ werden; ein proletarischer Hintergrund ist gar nicht mehr notwendig“.⁵

Immer schon trug offener Rechtsextremismus vor dem historischen Hintergrund des Holocaust in Deutschland dazu bei, das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland zu beeinträchtigen. Die vorherrschende

⁵ Dieter Baacke, Ortlos – orientierungslos. Verschiebungen in jugendkulturellen Milieus, in: Dieter Baacke, Klaus Farin, Jürgen Lauffer (Hrsg.), Rock von rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999, S. 84-105

politische Strategie, Rechtsextremismus zu ignorieren oder auf Einzeltäter zu reduzieren, greift angesichts dessen nun nicht mehr. Es geht auch nicht mehr abstrakt um das nationale Ansehen, sondern um harte Standortfaktoren: Wenn farbige Wissenschaftler an ostdeutschen Universitäten und Mitarbeiter ausländischer Firmen um ihre Sicherheit fürchten müssen, dann ist der Investitionsstandort Deutschland in der Tat konkret gefährdet. Wenn diese Gefährdung durch unverantwortliches Geschwätz von Politikern („Kinder statt Inder“, CDU-Parole im NRW-Wahlkampf 2000 vor dem Hintergrund der Green-card-Debatte) auch noch vorangetrieben wird, so zeigt sich, wie sehr die Problematik nicht nur bei Randgruppen liegt, sondern in der Mitte der Gesellschaft.

B. Handlungs-Ebene

1.These: *Voraussetzung einer nachhaltigen Eindämmung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine Selbstreflexion der Verbände und Institutionen*

Der Anteil der Arbeitslosen unter den rechten Gewalttätern und den rechtsextrem Eingestellten ist nicht besonders hoch. Die meisten von ihnen sind Arbeitnehmer. Die Betriebe müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich künftig gewaltige ethnische Konfliktpotentiale zusammenballen, wenn türkische und deutsche Jugendliche und jugendliche Ausiedler um die immer knapper werdenden Stellen konkurrieren. Gefragt sind mehr Lehrstellen, mehr Förderung der beruflichen und der politischen Bildung, mehr Teamarbeit und mehr Förderung sozialer Kompetenzen. In den Betrieben muss ein Verhaltenskodex etabliert werden, der Toleranz gegenüber den Kollegen gleich welcher ethnischen Zugehörigkeit zwingend verordnet und Verstöße dagegen auch empfindlich sanktioniert.

Ähnliches gilt für den öffentlichen Dienst. Hier müssten die Instrumente erst geschaffen werden, um das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes wirksam umzusetzen und im Umgang der Behörden mit Nicht-Deutschen ein alltägliches Klima der Toleranz herzustellen. In Sozialämtern, Polizeirevieren, Ausländerbehörden und anderen Dienststel-

len bedarf es entschlossener Durchsetzung des Diskriminierungsverbotes.

Die Gewerkschaften und die Parteien müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich unter ihren Mitgliedern und Wählern ein erheblicher Anteil rechtsextrem Eingestellter befindet. Dies wurde zu lange totgeschwiegen, um die Anhängerschaft nicht zu verprellen. Das Engagement gegen rechts wirkt unglaublich, wenn nicht auch vor der eigenen Tür gekehrt wird, mehr noch: unterbleibt die Selbstreflexion von Betrieben, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien, dann legen sie sich selber Fesseln an und können eine nachhaltige Politik gegen rechts nicht betreiben.

2. These: *Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt es drei Ebenen - Symbolpolitik, Repression, soziale Integration*

	1. Ebene:	2. Ebene:	3. Ebene:
	symbolische Politik, geistig-politische Auseinandersetzung	Repression	Politik der sozialen Integration
Beispiele	Demonstrationen, öffentliche Aktionen, Publizistik, Öffentlichkeitsarbeit, Politische Bildung	Polizei, Justiz, Verfassungsschutz, Politik der inneren Sicherheit / Gesetzgebung	Bildung, Sozialarbeit, Sozial-, Jugend-, Migrations-, Arbeitsmarktpolitik, Politische Bildung
Funktion	Betroffenheit, moralische Empörung, Aufklärung / Information, Ächtung des Rassismus, aber auch: Durchsetzung von Gruppeninteressen	Gefahrenabwehr, Strafverfolgung, polizeiliche Prävention, Politikberatung über Extremismus, Staatliche Drohpotenziale	soziale Integration in die Gesellschaft, Vermittlung von Werten und Fertigkeiten

Gemeinsames Ziel aller Ebenen ist die Minimierung von Gewalt, der Abbau von Diskriminierung, die Einübung demokratischer Formen der Konfliktregulierung und das Sicherstellen annähernder sozialer Chancengleichheit. Medienwirksam inszenierte Betroffenheit und die Rituale moralischer Empörung, Demonstrationen, Unterschriftenaktionen, Rockkonzerte, Prominenten-Bündnisse, Diskussionsrunden usw. haben mehrere Funktionen. Sie dienen – neben der eigenen Profilierung – der Mobilisierung, der kollektiven Vergewisserung über zugrunde liegende gemeinsame Werte und nicht zuletzt sollen sie nach außen hin Signalwirkung haben für ein demokratisches Deutschland.

Repression durch Polizei und Justiz verfolgt nicht nur Zwecke der Abschreckung, der Sühne und der Sanktionierung von Gewalt. Sie hat auch symbolische Funktionen, indem sie das Funktionieren der öffentlichen Ordnung und ihrer Institutionen augenscheinlich sicherstellt. Sichtbare Repression beschwichtigt, indem die Täter nicht ungestraft davonkommen. Die symbolische Funktion der Repression zeigt sich auch darin, dass sie die verbreitete „Sehnsucht nach dem starken Staat“ (Carl Schmitt) bedient. Politik der sozialen Integration zielt mittel- und langfristig auf die Verbesserung der Lebenschancen durch Bildung, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule hat in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion, denn sie ist in allen drei Ebenen zu verorten:

- ⇒ Symbolische Politik und geistig-politische Auseinandersetzung haben ausreichende Kenntnisse der politischen Zusammenhänge zur Voraussetzung. Zudem ist öffentliche geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und all seinen Schattierungen selber Teil einer umfassenden demokratischen politischen Bildung.
- ⇒ Innerhalb der repressiven Institutionen, vor allem Polizei und Verfassungsschutz, ist politische Bildung deshalb von Bedeutung, weil ausreichende Information und angemessene Deutung des Rechtsextremismus neben den rechtlichen Handlungsvoraussetzungen und den personellen Ausstattungen eine zentrale Wissens-Ressource für wirksame Gegenstrategien sind.

⇒ Auf der Ebene der sozialen Integration schließlich ist politische Bildung als Erziehung zur Demokratie, als Prozess reflexiver Verinnerlichung demokratischer Grundorientierungen unerlässlich und ein Kernelement für die Entwicklung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

3. These: *Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Sommer 2000 setzt viel zu sehr auf Symbolik und Repression, vernachlässigt aber die Politik der sozialen Integration*

Symbolische Politik gegen rechts unterscheidet in Gut (die sich engagierenden Gut-Menschen) und Böse (Rechtsextremisten), in moralisch korrekt einerseits und verwerflich andererseits. Repression benennt Starke (Polizei, Justiz) und Schwache (Gewalttäter). Beide, Symbolik und Repression, beziehen ihre Faszination aus der Gegenüberstellung von Freund und Feind. Das macht sie attraktiv für die politische Arena.

Es kann nicht bezweifelt werden, dass entschiedenes repressives Vorgehen ebenso wie die Elemente der Symbol-Politik richtig und angemessen sind. Wohl aber muss auch darauf hingewiesen werden, dass eine Zuspitzung der Auseinandersetzung auf diese Ebenen kontraproduktiv ist. Die Verengung der Debatte auf das NPD-Verbot geht gänzlich an den Ursachen vorbei und wird dem organisierten Rechtsextremismus längerfristig sogar noch Zulauf bescheren.

Die Konzentration auf Symbolpolitik und Repression hat Gründe im Zeitfaktor und in der öffentlichen Wirkung. Symbolpolitik kann aus dem Stand heraus produziert werden mit nur geringer zeitlicher Verzögerung. Pressekonferenzen, Demonstrationen usw. können praktisch unmittelbar umgesetzt werden. Für die Politik der Repression ist nicht nur diese selbst von Bedeutung, sondern ihre öffentliche Ankündigung: Die Drohung mit dem NPD-Verbot, die öffentlich verkündete Verstärkung von Polizei und Bundesgrenzschutz, die Forderung nach Ausschöpfung des Strafrahmens begründen ein staatliches Drohpotenzial, das seine Wirkung nicht verfehlt.

Politik der sozialen Integration hingegen hat mittel- und langfristige Vorläufe. In Politikfeldern wie Sozial-, Jugend-, Arbeitsmarkt- oder Ausländerpolitik bedarf es häufig komplizierter Abstimmungen im Entscheidungsprozess, während die Auswirkungen oft erst Monate oder gar Jahre später zu sehen sind.

4. These: *Die Forderung nach einem Verbot der NPD ist Ausdruck einer hilflosen Politik*

Das Verbot einer Partei setzt nach Art. 21 GG und nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von 1952 (SRP-Verbot) und 1956 (KPD-Verbot) aktiv kämpferische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt voraus. Die Chancen eines NPD-Verbots wären m. E. spätestens seit der aktiven Öffnung der Partei für die gewaltbereite rechte Szene, also seit 1996, durchaus gegeben. Abgesehen von den tatsächlichen Erfolgsaussichten ist aber zu bedenken:

- ⇒ Ein Parteienverbot im liberalen Rechtsstaat des Grundgesetzes darf immer nur der allerletzte Schritt sein. Es eignet sich nicht als probates Mittel zur Lösung von Standortproblemen.
- ⇒ Fünfzehn Vereinsverbote rechtsextremistischer Gruppen nach 1992 haben nicht nur wenig gebracht, die Folge waren vielmehr Lernprozesse und Umstrukturierungen im rechtsextremen Lager. Dezentrale „freie Kameradschaften“, das Konzept der „national befreiten Zonen“ und differenzierte Internet-Kommunikationsnetzwerke⁶ sind auch und nicht zuletzt Ergebnisse der Verbotspolitik.
- ⇒ Die Geschichte der repressiven Bekämpfung der RAF und des Linksterrorismus zeigt, dass Verbote Spaltungen zur Folge haben: Rückzug ins Private auf der einen Seite, Radikalisierung und Gewaltbereitschaft auf der anderen.

⁶ Vgl. dazu Juliane Wetzel, Das Internet als Propagandamedium der Rechtsextremen, in: Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, hrsg. von Peter Widmann, Rainer Erb und Wolfgang Benz, Berlin 1999, S. 259-278

-
- ⇒ Ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht könnte Jahre dauern, wie etwa beim Verbot der KPD, das 1952 beantragt, aber erst 1956 ausgesprochen wurde. Ohnehin würde ein Prozess der relativ kleinen und unbedeutenden NPD ein öffentliches Forum bieten, das sie propagandistisch ausnutzen würde.
 - ⇒ Nicht das Verbot selbst, sondern das medial vermittelte Bedrohungsszenario der Debatte über das Verbot verspricht scheinbar Positionsgewinne für die etablierte Politik. Doch es handelt sich im Kern um eine Inszenierung von politischer Stärke, Entschlossenheit und starkem Staat, um symbolische Effekte, letztlich um eine hilflose Politik. Der Rechtsextremismus und der Rassismus in den Köpfen lassen sich nicht verbieten.

5. These: *Notwendig ist eine abgewogene, koordinierte und längerfristig konzipierte Kombination von symbolischen, repressiven und sozial-integrativen Maßnahmen unter Einchluss einer aktivierten Bürgergesellschaft*

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit setzt nach allen Erfahrungen Nachhaltigkeit des Problembewusstseins und entsprechende praktische Schritte voraus. Dies bedarf deshalb der Erwähnung, weil die Debatte in Deutschland seit Jahren pendelt zwischen den Extremen der Verharmlosung und der Dramatisierung. Das Ergebnis ist entweder Wegsehen und Totschweigen oder aber blinder Aktionismus.

Eine Kombination von symbolischen, repressiven und sozial-integrativen Schritten und Maßnahmen lässt sich in einer offenen Gesellschaft zum Glück weder gänzlich planen noch dirigistisch verordnen. Symbolische Politik unterliegt dem freien Spiel des Meinungsmarktes und seiner pressure groups, Repression ist gebunden an die Gesetzeslage, Politik der sozialen Integration ist grundsätzlich geräuscharm und langfristig. Dennoch scheint eine sinnvolle Kombination die einzig wirklich Erfolg versprechende Strategie. Sie wird nur dann gelingen können, wenn die Institutionen der drei Ebenen kontinuierlich Problembewusstsein schaffen und wenn gleichzeitig die Initiativen vor Ort gefördert werden. Eine aktivierte Bürgergesellschaft in diesem Sinne wird

zugleich die demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens festigen. Letztlich aber ist jeder Einzelne aufgefordert, in seinem sozialen Umfeld das Mögliche zu tun, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Grenzen zu halten.

Hans-Gerd Jaschke,

Dr. phil., geboren 1952, ist seit 1996 Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Fachbereich Polizeivollzugsdienst.

1979 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Hochschulassistent an der Universität Frankfurt am Main. 1992 bis 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung Frankfurt.

1981 Promotion, 1990 Habilitation.

1989 bis 1998 wissenschaftlicher Berater des Arbeitskreises *Rechtsextremismus* der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz.

Einschlägige Buchveröffentlichungen:

Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 1994

Herausgeber zusammen mit Jürgen W. Falter und Jürgen R. Winkler: *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung,* Opladen 1996

Öffentliche Sicherheit im Kulturkonflikt. Zur Entwicklung der städtischen Schutzpolizei in der multikulturellen Gesellschaft, Frankfurt/New York 1997

Fundamentalismus in Deutschland, Hamburg 1998

Literatur zum Thema „Rechtsextremismus“

kostenlos abrufbar bei der

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz

Stand: 01.09.2000

Ahlheim, Klaus / Heger, Bardo, *Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit*. Handreichungen für die politische Bildung, Schwalbach/Ts. 1999

Ausgrenzung, Diskriminierung, Zivilcourage. Ein Seminar für Auszubildende an der Johannes-Gutenberg-Universität, Erfahrungsbericht, hrsg. von der Gutenberg-Universität und der Landeszentrale für politische Bildung, Mainz 1998

Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 13/97, 21. März 1997, Themenheft zu *Identitäten und sozialen Strukturproblemen in Ost und Westdeutschland*

dass., B 7-8, 11. Februar 2000, Themenheft über *Jugendstudien, Politikverdrossenheit und Protest*

dass., B 19-20, 5. Mai 2000, Themenheft zu *Jugend und Gewalt sowie Zukunftsperspektiven*

Bildung schafft Toleranz - Perspektiven für Demokratie, Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 1999

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, 1997 (Gemeinsame Texte 9)

Giebe, Hubertus, *Geschichtsbilder. Memorial*, Hildesheim u. a. 1999

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Verfassung für Rheinland-Pfalz, 41. Auflage, Mainz 1999

Jaschke, Hans-Gerd, *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft*, Hamburg 1998

Kahane, Anetta / Torossi, Eleni, *Begegnungen, die Hoffnung machen*, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung 1993

Lünse, Diете / Rohwedder, Jörg / Baisch, Volker, *Zivilcourage. Anleitung zum kreativen Umgang mit Konflikten und Gewalt*, Münster 1998

Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage 1999

Menschenrechte, Informationen zur politischen Bildung 210, überarbeitete Neuauflage, Bonn 1998

Pfahl-Traughber, Armin, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, München 1999

Schmitt, Ulli, *Nicht wegschauen - eingreifen!*, Mainz 2000



Landeszentrale für Politische Bildung



Rheinland - Pfalz